

Ein „Bottom up“-Fonds für Europa



PROF. DR. JAN PIETER KRAHNÉN Wissenschaftlicher Direktor, Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung SAFE

© SAFE

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie treffen uns mit Wucht, wie zuletzt an den drastischen Einbußen im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe in Deutschland sowie beim Absatzvolumen im gesamten europäischen Einzelhandel zu sehen. Die Krise ist da – und die Europäische Union muss sich bei der Umsetzung ihres ehrgeizigen Rettungsprogramms vorsehen, nicht in die Sackgasse traditioneller politischer Konfliktlinien zu geraten. Die nord-europäischen Mitglieder kritisieren die Haushaltsführung und Investitionspolitik der Staaten Südeuropas und warnen vor einer Transferunion, während sich Letztere von einer „Buchhaltermentalität“ im Norden bevormundet sehen. Dabei bietet sich ein gemeinsamer Weg aus dieser Sackgasse an.

Um der wirtschaftlichen Erholung eine „Bottom up“-Dynamik zu verleihen, sind vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) auf Eigenkapital angewiesen, also auf eine Finanzierung, die nicht nur die Risiken der Corona-Krise trägt, sondern Unternehmen auch dazu motiviert, wieder zu investieren.

Daher haben wir am Leibniz-Institut SAFE gemeinsam mit anderen internationalen Forschenden einen Europäischen Pandemie-Beteiligungsfonds (EPEF) vorgeschlagen. Dieser EPEF sieht vor, vor allem diejenigen KMU –

unabhängig von Standort und nationalen Rahmenbedingungen – mit frischem Eigenkapital zu versorgen, die keinen oder nur schweren Zugang zu Kapitalmärkten haben, bisher profitabel waren und für die Zukunft wieder erstarkende Profitabilität erwarten lassen. Denn: KMU sind nicht nur das Rückgrat der deutschen, sondern auch der europäischen Wirtschaft. Wir sprechen hier von privaten Unternehmen mit meist weniger als 250 Mitarbeitenden, die 50% und mehr der Beschäftigung in der EU stellen. Somit setzt ein gemeinsamer Pandemie-Fonds dort an, wo wirklich Mehrwert in und für Europa entsteht.

Analog zu einer Gewinnsteuer verpflichten sich die vom EPEF profitierenden Unternehmen dazu, einen jährlichen Steuerzuschlag auf künftige Erträge abzuführen. Über ein Buy-out-Modell mit zuvor vereinbarten Rückzahlungsmodalitäten könnten die Zuschläge auch vor Ablauf der Jahresfrist getilgt werden. Die Fonds-Hilfen aus dem EPEF sind für Unternehmen mit soliden Geschäftsaussichten gedacht. Die Auswahl muss letztlich auf nationaler Ebene durch Behörden und lokale Banken erfolgen, die als „Hausbanken“ der Unternehmen deren Geschäftsmodelle und -aussichten gut kennen – und die ihrerseits einen Anreiz haben, an dieser Auswahl mitzuwirken. Um den EPEF zu realisieren, ist eine öffent-

liche Finanzierung durch die EU-Mitgliedsstaaten und den EU-Haushalt erforderlich. Private Mittel etwa von Pensionsfonds und anderen institutionellen Investoren könnten später hinzukommen. Die Aufsicht könnte von bestehenden europäischen Institutionen wie der Europäischen Investitionsbank übernommen werden. Der Vorschlag hat zwei Vorteile: Die gemeinsame Beteiligungsfinanzierung würde die Konjunktur in Europa durch die Reaktivierung der Unternehmen anstoßen und einen Ausweg aus dem drohenden Nord-Süd-Konflikt bieten. Das Eigenkapital-Design des EPEF würde uns von der Konzentration auf Darlehen und Kreditbürgschaften in den derzeitigen einzelnen Rettungspaketen abbringen. Während diese den Unternehmen womöglich anfänglich geholfen haben, Kreditklemmen zu überbrücken und für die akut benötigte Liquidität zu sorgen, drohen sie jetzt kontraproduktiv zu wirken, da die entstehende Überschuldung den Unternehmertegeist erstickt.

Der EPEF bietet ein breit angelegtes europäisches, aktienähnliches Beteiligungssystem, das mit Mitteln aus allen EU-Ländern finanziert wird und somit eine gemeinsame Wahrnehmung geteilter Verantwortung und Solidarität in ganz Europa schafft. Ebenso gemeinsam vereinnahmt würde dann auch der auf diesem Weg erzielte finanzielle Erfolg bei der Überwindung der durch die Corona-Pandemie ausgelösten Krise. In diesem Sinne kann der EPEF schließlich auf die praktische Umsetzung einer europäischen Kapitalmarktunion einzahlen, die ursprünglich schon für 2019 angesetzt war, um Europas Kapitalbinenmarkt endlich zu voranzubringen.

»Ein gemeinsamer Pandemie-Fonds setzt im Kern dort an, wo wirklich Mehrwert in und für Europa entsteht.«

inhalt 03/2020



kommentare

PROF. DR. JAN PIETER KRAHLEN

SAFE

GABRIELE VOLZ

Wealthcap

artikel

Frühindikatoren für die Immobilienkonjunktur

PROF. DR. STEFFEN METZNER | Empira Gruppe

Zweistufiger Ansatz zum Aktienrisikomanagement

SIMON MÜLLER, JULIAN WÖSSNER | Finreon

Marktnischen für aktives Management

DR. MARC-ANDRÉ GÖRICKE, DR. JOCHEN M. KLEEBERG | alpha portfolio advisors

Nach dem Corona-Schock: Auswirkungen auf die deutsche Immobilienwirtschaft

PROF. DR. NICO B. ROTTKE | aamundo

Einflussnahme von Indexfonds und ETFs auf den Markt für Unternehmensübernahmen

LUDWIG DOBMEIER, RENATA LAVROVA, PROF. DR. BERNHARD SCHWETZLER | HHL Leipzig Graduate School of Management

Nachrangdarlehen von Versicherungen

DINESH PAWAR, MARCUS RIVALDI, ADAM VOLBRACHT | Twelve Capital

drei fragen an

DR. ANDREAS BERTEL

UNIQA Insurance Group

Ja, ich möchte den Absolutreport 03/2020 als **kostenloses** Leseexemplar anfordern.

Ja, ich möchte mich für Absolutnews, den wöchentlichen Newsletter, anmelden.

Bitte senden oder faxen an:
info@absolut-research.de
+49 40 303779-15

Absolut Research GmbH
Große Elbstraße 277a, 22767 Hamburg

Datenschutzrichtlinien: www.absolut-research.de/datenschutz

Vorname/Nachname

Bereich/Funktion

Unternehmen

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Tel./Fax

E-Mail